

Sitzung Nr. 4 vom 19. Mai 2015

|                                 |   |
|---------------------------------|---|
| <b>Vorsitz</b>                  | François Scheidegger, Stadtpräsident  |
| <b>Anwesend</b>                 | Remo Bill<br>Alexander Kaufmann<br>Markus Neuhaus (Ersatz)<br>Anna Duca (Ersatz)<br>Alfred Kilchenmann (Ersatz)<br>Aldo Bigolin<br>Hubert Bläsi<br>Renato Müller<br>Richard Aschberger<br>Ivo von Büren<br>Marc Willemin (Ersatz)<br>Marco Crivelli<br>Matthias Meier-Moreno (Ersatz)<br>Nicole Hirt  |
| <b>Entschuldigt</b>             | Urs Wirth<br>Clivia Wullimann<br>Angela Kummer<br>Heinz Müller<br>Andreas Kummer  |
| <b>Anwesend von Amtes wegen</b> | Per Just, Geschäftsleiter SWG<br>Daniel Gäumann, Stadtbaumeister<br>Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt<br>Robert Gerber, Leiter Sicherheits- und Bereitschaftsdienste<br>David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik<br>Martin Ochsner, Präsident RPK/AfG<br>Luzia Meister, Stadtschreiberin<br>Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin,<br>Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin) |
| <b>Dauer der Sitzung</b>        | 17:00 Uhr - 19:40 Uhr   |

## TRAKTANDEN

(2939 - 2952)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 3 vom 28. April 2015
- 2 2939 Rechnung und Geschäftsbericht 2014 der SWG
- 3 2940 Einführung Begegnungszone Bahnhof Nord / Grundsatzentscheid
- 4 2941 Velodrome Suisse: Anlieferung über die Neumattstrasse / Grundsatzentscheid
- 5 2942 Stadtgärtnerei: Zukünftige Neuausrichtung und Reorganisation
- 6 2943 Bewilligung von Kreditüberschreitungen 2014 Pensionskasse: Pensionskasseneinkäufe Pensionierungen (Kreditkompetenz Gemeinderat)
- 7 2944 Neuer Landbeschaffungskredit / Bewilligung
- 8 2945 Rechnung und Verwaltungsbericht 2014 der Stadt Grenchen
- 9 2946 Interpellation Markus Neuhaus (SP): Zur Fusion der vier Fussballvereine der Stadt Grenchen
- 10 2947 Interpellation Marc Willemin (SVP): Verlängerung des zweiten Baugesuches, geplanter Neubau Vereinslokal Moschee Ebu Hanife, an der Maierenstrasse in Grenchen
- 11 2948 Interpellation Remo Bill (SP): Kantonale Ämter in der Stadt Grenchen
- 12 2949 Überparteiliches Postulat (CVP, glp, SVP, FDP): Sicherung des Rettungsdienstes in der Stadt Grenchen
- 13 2950 Postulat Fraktion CVP/glp: Verträge mit Fussballvereinen / Neuverhandlung
- 14 2951 Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP): Fehlende Busverbindung fürs Nachtskifahren auf dem Grenchenberg
- 15 2952 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 3 vom 28. April 2015 wird genehmigt.

- o -

## Rechnung und Geschäftsbericht 2014 der SWG

Vorlagen: Auszug VRB 15003/20.04.2015

Rechnung und Geschäftsbericht 2014 der SWG

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Per Just, Geschäftsführer SWG, freut sich auch dieses Jahr wieder, dem Gemeinderat die Rechnung der SWG präsentieren zu dürfen. Anhand einer Präsentation äussert er sich kurz zu den Kennzahlen, zur Bilanz und Erfolgsrechnung, zum Umsatz aus dem Energiegeschäft, zu den Nettoinvestitionen und zur Ablieferung an die Stadt Grenchen (siehe Beilagen 1–5).
- 1.2. Der Verwaltungsrat der SWG hat die Rechnung genehmigt. Sie wurde auch von der Revisionsstelle BDO AG kontrolliert und zur Genehmigung empfohlen.
- 1.3. Stadtpräsident François Scheidegger, welcher von Amtes wegen VR-Präsident SWG ist, dankt Per Just für die Ausführungen.

### 2. Eintreten

- 2.1. Verglichen mit den letzten vier Jahren, so Gemeinderat Renato Müller, schliesst die SWG-Rechnung 2014 mit einem Jahresgewinn von Fr. 940'000.00 wie gewohnt gut ab. Auch die Konzessionsabgabe an die Stadt Grenchen von rund Fr. 1.6 Mio. ist im üblichen Rahmen ausgefallen und sehr willkommen. Bei der Fraktionsberatung der SWG-Jahresrechnung 2014 sind der FDP zwei Positionen in der Erfolgsrechnung aufgefallen, welche sich nicht wie gewohnt entwickelt haben und mangels weiterer Informationen zu Fragen angeregt haben. Es sind dies:
  - der ausserbetriebliche Finanzerfolg, der mit einem Minus von Fr. 75'000.00 schliesst
  - und auch die getätigten Rückstellungen von Fr. 3.4 Mio. sind aufgefallen

Gerne würde sie hier noch Erläuterungen entgegennehmen.

Im Namen der FDP-Fraktion dankt Renato Müller der gesamten SWG-Belegschaft, der Geschäftsleitung und dem SWG-Verwaltungsrat für die im abgelaufenen Jahr getätigte Arbeit und für das nun vorliegende Gesamtergebnis. Insgesamt liegt ein solides SWG-Resultat 2014 vor, welches die FDP anerkennend entgegennimmt und der kommenden Gemeindeversammlung gerne zur Genehmigung empfiehlt.

- 2.2. Gemeinderat Markus Neuhaus erklärt, dass die SP-Fraktion den Geschäftsbericht mit der Jahresrechnung der SWG 2014 zur Kenntnis genommen hat. Die SP-Fraktion möchte sich bei den engagierten Mitarbeitern/innen der SWG für ihren Einsatz im letzten Jahr bedanken.

Ihr sind im Geschäftsbericht zwei Sachen ins Auge gestochen:

1. Im Editorial der Geschäftsleitung wird beim Projekt Windkraftwerk Grenchen, hinter dem die SP-Fraktion nach wie vor steht, darauf hingewiesen, dass leider einige ernst zu nehmende Einsprachen eingegangen sind:

Was heisst dies für das Projekt konkret?

2. Weiter ist ihr bei den wesentlichen Beteiligungen an der Bauunternehmung Pania & Crausaz AG die 100 Namenaktien zu 100'000 CHF (10 Mio. Fr.) aufgefallen.

Ist dies der Kaufpreis oder hat sich der Wert der Firma innert eines Jahres so erhöht?

Die SP-Fraktion wird den Geschäftsbericht mit der vorliegenden Jahresrechnung 2014 genehmigen.

- 2.3. Laut Gemeinderätin Nicole Hirt hat die CVP-/glp-Fraktion den Geschäftsbericht mit Interesse gelesen und fast ein wenig neidisch vom erfreulichen Ergebnis Kenntnis genommen. Als Grünliberale würde es sie sehr interessieren, wie sich die Zahlen des Ökostroms entwickeln. Vielleicht könnte man das zukünftig im Bericht aufsplitten? Die CVP/glp wird den Geschäftsbericht zuhanden der Gemeindeversammlung genehmigen. Sie wünscht dem SWG-Team natürlich inkl. Verwaltungsrat alles Gute und weiterhin viel Erfolg am neuen Wirkungsort an der Brühlstrasse 15. Und wie pflegte Tagesschausprecher Charles Clerc jeweils zu sagen: Und zum Schluss noch dies: Das glanzvolle Resultat muss in den Augen der CVP/glp nicht unbedingt in einem Hochglanzprospekt verewigt werden.

- 2.4. Gemäss Gemeinderat Ivo von Büren wird die SVP-Fraktion der Rechnung und dem Geschäftsbericht einstimmig zustimmen. In der Fraktion sind diverse Fragen aufgetaucht, die aber mit Per Just vor dem Gemeinderat direkt besprochen wurden.

- 2.5. Per Just und François Scheidegger nehmen zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung.

1. *Finanzerfolg:*

Laut Per Just belief sich diese Position im 2013 auf Fr. 41'421.00, weil die Zinsen noch etwas höher waren. Im 2014 wurde für den Neubau etwas Fremdkapital aufgenommen. Dies führte dazu, dass Schuldzinsen angefallen sind.

2. *Rückstellungen:*

Im Energiegeschäft, so Per Just, findet momentan ein fundamentaler Umbruch statt. Man muss sich nur anschauen, wie BKW und Alpiq am Kämpfen sind, weil sie sich leicht verspekuliert haben und ihr langfristig angelegtes Geschäft momentan nicht mehr das abwirft, was es früher einmal abwarf. Gleichzeitig kommen noch Kosten für den ganzen Umbau dazu. Die SWG ist auch im Monopolbereich tätig, wo sie gesicherte Erträge hat. Auf der anderen Seite muss sie sich darum bemühen, auf dem Markt Fuss zu fassen. Sie muss auch dort schauen, wie sie sich positionieren kann. Mit der Neupositionierung der SWG gehen Risiken einher, welche es natürlich richtig zu bewerten gilt. Daraus ergeben sich gewisse Rückstellungen, mit denen diese Risiken abdeckt werden sollen.

Man hat heute z.B. nicht mehr so eine stabile Gasbeschaffung und ist gezwungen, auch Gas auf dem Spotmarkt einzukaufen. Hier gibt es ganz klar Risiken, die abgedeckt werden müssen. Sodann kommt jetzt noch die 2. Marktöffnung Strom. Schon bei der 1. Marktöffnung Strom hat man gesehen, dass dies zu Kundenverlusten führen kann. Die SWG kann nicht mehr erwarten, dass sie einfach 100 % Marktanteil hat. Auch hier musste man zur Absicherung der Beschaffungsrisiken Geld auf die Seiten legen. Zudem werden noch Kosten auf die SWG für die 1. Marktöffnung Gas zukommen. Im Weiteren hat die SWG noch natürliche Risiken aus ihrem ursprünglichen Geschäft abzudecken: Als Beispiel erwähnt Per Just die Duktilegussleitungen in der Stadt Grenchen, welche vor 20 bis 25 Jahren moniert wurden. Damals hatte der Hersteller Garantien abgegeben, dass diese 70, 80 und mehr Jahre halten werden. Mittlerweile gehen sie aufgrund von Lochfrass kaputt und müssen ersetzt werden. Auch zu diesem Zweck wurden linear Rückstellungen gebildet. In der Aufstellung in der Beilage 6 sind sämtliche Rückstellungen der SWG aufgeführt.

3. *Beteiligung Bauunternehmung Panaiia & Crausaz AG:*

Wie Per Just, ausführt, ist es im Geschäftsbericht etwas unglücklich formuliert: Die Firma „Bauunternehmung Panaiia & Crausaz AG“ ist eine Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von Fr. 100'000.00. Die Aktien-Stückelung weist 100 Namenaktien zu Fr. 1'000.00 auf.

Laut François Scheidegger handelt es sich lediglich um den Nominalwert und hat nichts mit dem inneren Wert der Firma zu tun.

4. *Allfällige Gefährdung des Projekts Windpark:*

Gemäss François Scheidegger sind erwartungsgemäss Einsprachen eingegangen. Zwei wurden zurückgezogen, weitere vier sind jetzt hängig. Er hat den Rechtsdienst der Stadt Grenchen angewiesen, die Sache möglichst beförderlich zu behandeln. Die Stellungnahmen liegen vor. Es ist vorgesehen, das Geschäft am 30. Juni 2015 im Gemeinderat zu behandeln. Man befindet sich jetzt im Rechtsweg (es geht weiter vom Kanton bis evtl. vor Bundesgericht). Er ist sehr zuversichtlich, was die Aussichten betrifft. Aber letztlich besteht immer ein kleines Prozessrisiko. Das muss man sich im Klaren sein. Persönlich hat er einen gewissen Respekt vor der Einsprache der Stiftung für Landschaftsschutz, weil er in etwa weiss, wie das Bundesgericht tickt. Wenn man die Beschwerde oder auch nur einen Teil davon gutheissen würde, könnte es sein, dass sich die Rentabilität des Windparks als Ganzes nicht mehr rechnet. Hier kann man keine Prognosen anstellen. Ebenso ist es sehr schwierig zu sagen, wann der rechtsverbindliche Entscheid vorliegen wird. Er geht allerdings davon aus, dass man relativ zügig vorgehen können. Er hört immer wieder von Seiten des Kantons, dass es kaum ein Geschäft dieser Art im Kanton gibt, das dermassen breit und tief vorbereitet wurde. Aus diesem Grund hat er keine grossen Ängste, aber mit einem Rechtsverfahren ist immer ein gewisses Risiko verbunden.

Für Per Just stellt sich beim Projekt Windkraft nicht die Frage, ob es realisiert wird sondern nur wann. Mehr kann er dazu nicht sagen.

Die SWG, so François Scheidegger, wäre schon froh gewesen, wenn es anders gekommen wäre. Der Baubeginn wäre eigentlich auf Ende des Jahres 2015 geplant gewesen. Das wird sicher nicht der Fall sein.

5. Ökostrom: Absatzentwicklung und separate Ausweisung:  
 Gemäss Per Just erhalten alle Haushalte mit der nächsten SWG-Rechnung Angaben zum Strommix. Dort sieht man, wie die SWG einkauft und was sie absetzt. Man kann sagen, dass 77 % der Kunden beim Strom das Standardprodukt „erneuerbar“ nehmen, 22.2 % wählen den grauen Strom und 0,8 % den grünen Strom (Strom aus regionalen Anlagen). Man kann diese Angaben das nächste Mal schon mitliefern.  
 Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung gemäss § 8 der SWG-Statuten die Genehmigung:
- der Erfolgsrechnung SWG 2014
  - der Bilanz SWG per 31.12.2014
  - des Geschäftsberichts SWG 2014

**Vollzug:** KZL

Beilagen:

1. Kennzahlen auf einen Blick
2. Bilanz und Erfolgsrechnung
3. Umsatz aus Energiegeschäft
4. Nettoinvestitionen
5. Ablieferungen an die Stadt Grenchen
6. Nachweis Rückstellungen SWG

GV  
 SWG  
 FV

8.7 / acs

## Einführung Begegnungszone Bahnhof Nord / Grundsatzentscheid

Vorlage: BAPLUKB 36/27.04.2015

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen.

1.2. Was lange währt, so Robert Gerber, Leiter Sicherheits- und Bereitschaftsdienste, kommt endlich fast gut, könnte man bei diesem Geschäft fast sagen. Er ist froh, dass sich das Blatt zu Gunsten einer Begegnungszone gewendet hat. Eine solche existiert ja auch am Südbahnhof. Eine Begegnungszone muss, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, gewissen Normen entsprechen. Das Gutachten, welches über das Gebiet erstellt wurde, erachtet die Schaffung einer Begegnungszone als zweckmässige Lösung, aber die Gutachter gingen von anderen Voraussetzungen aus. Der Perimeter der Begegnungszone war wesentlich grösser. Er fing bei der Fortis an und endete am Ende des Parkplatzes. Das ist das eine. Das andere: man muss eine solche Zone nicht nur markieren, man muss sie auch signalisieren. Und da gibt es bei der vorgeschlagenen resp. vorgezeichneten Variante gewisse Schwierigkeiten.

- Beginn bei Einfahrt Parktheater – Zufahrt schlecht möglich
- Ende vor Bushaltestelle – Signal nicht sichtbar, wenn überhaupt setzbar
- Parkplatzausfahrt in Nordbahnhofstrasse – Signalisation nötig, ebenso bei Ausfahrt in Nordbahnhofstrasse in Richtung Bushäuschen

Wenn die Zone nun gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen verkleinert werden soll, müssen da gewisse Änderungen vorgenommen werden. Manchmal ist es eben nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht.

In dieser Woche findet eine Begehung mit einer Fachperson der BfU (Verkehringenieur) statt. Vielleicht kommen da noch gewisse Verbesserungsvorschläge.

Die Verwaltung stellt sich vor, dass die Begegnungszone minimal vergrössert werden sollte, damit die minimalsten Normen eingehalten werden und vor allem, damit das Ganze überhaupt ordnungsgemäss signalisiert und markiert werden kann.

Zu diesem Zweck müsste die Zone bis nach der Bushaltestelle (nördlich) und bis vor die Einfahrt zum Parktheater verlängert werden. Das hätte den Vorteil, dass der Parkplatz beim Bahnhof Nord nicht zusätzlich signalisiert werden müsste. Beide Parkplätze wären dann in der Zone.

Damit könnte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Schulweg einigermassen in der Begegnungszone wäre. Am Ende der Turnhalle ist nämlich ein Durchgang, der von den Schülerinnen und Schülern sehr stark frequentiert wird. Damit wäre auch dieser Gefahrenherd etwas abgeschwächt.

Was mit dieser Variante immer noch nicht gelöst ist, ist die Zu- und Wegfahrt zum Parkplatz beim Gebäude Bahnhof Nord. Diese sind sehr gefährlich. Die Verwaltung überlegt sich einfache Massnahmen und hofft, das Ganze werde in einer weiteren Etappe realisiert.

Die Schulleitungen sind vor wenigen Tagen an die Polizei gelangt. Ab Schuljahr 16/17 herrscht ein anderes Regime. Die Schülerinnen und Schüler wechseln während der Schule dauernd die Schulhäuser. Es kam das Ersuchen, an der Lindenstrasse gewisse Verkehrsberuhigungsmassnahmen umzusetzen. Die Polizei hat den Wunsch aufgenommen und wird mögliche, einfache, möglichst kostengünstige Lösungsvorschläge prüfen und gegebenenfalls umsetzen. Ihr liegt viel daran, dass nun rasch eine Lösung im Bereich Nordbahnhof realisiert werden kann. Deshalb verbindet sie die beiden Lösungen nicht miteinander.

Der Gemeinderat trifft heute einen Grundsatzentscheid. Begegnungszone ja, oder nein. Die Verwaltung sucht nach einer normengerechten Umsetzungsmöglichkeit, wie er sie geschildert hat. Die Verkehrsmassnahmen werden dann im Stadtanzeiger publiziert, es können Einsprachen eingereicht werden. Dann wird die Angelegenheit umgesetzt. Zu den approximativen Kosten kann er sagen: Die Markierungen kosten ungefähr Fr. 3'300.00, die Signalisation kostet Fr. 2'400.00, insgesamt beläuft es sich auf nicht ganz Fr. 6'000.00.

- 1.3. Stadtpräsident François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass es allenfalls noch gewisse Verschiebungen geben wird. Es findet noch eine Begehung mit Experten statt. Heute geht es darum, einen ersten Schritt einzuleiten und zu gegebener Zeit nochmals in den Gemeinderat zu kommen. Ziff. 4.4. des Antrages und Beschlussesentwurfes ist dahingehend zu ändern, dass *die Baudirektion beauftragt wird, in Koordination mit der Polizei Stadt Grenchen eine Lösung im Sinne der Variante C, ohne Strassenverbreiterung, umzusetzen.*

## 2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Aldo Bigolin wurde das Thema Sicherheit rund um das Bahnhof Nord-Areal, insbesondere der Langsamverkehr (d.h. Fussgänger, Bahn- und Busverkehr, Schüler oder Benützer der Parkplätze) in der Partei vielfach diskutiert. Die FDP-Fraktion hat bereits im August 2012 ein Postulat zu diesem Thema eingereicht, mit dem Auftrag an die Verwaltung, Lösungen aufzuzeigen, wie man der problematischen Verkehrssituation entgegen kann. Wie man der Vorlage entnehmen kann, gab es verschiedene Ideen und Anregungen. Die FDP ist der Meinung, dass jetzt wirklich etwas unternommen werden muss, bevor noch etwas Schlimmes wegen dieses problematischen Orts passiert. Deshalb wird die FDP die Variante C gutheissen und die Möglichkeit offen lassen, dass man nach der Einführung der Begegnungszone noch allfällige zusätzliche Massnahmen einleiten könnte. In diesem Sinne wird sie dem Geschäft so zustimmen und ist für Eintreten.
- 2.2. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann hat dieses Geschäft im Vorfeld zu mehreren Sitzungen und diversen Diskussionen geführt. Nebst dem externen Gutachten war die Begehung vor Ort vom 23. März 2015 sehr aufschlussreich.



Der erweiterte BAPLUK-Ausschuss konnte sich zusammen mit dem Stadtpräsidenten und der Baudirektion ein Bild der momentanen Ist-Situation machen und das geplante Vorhaben sensibilisierter angehen. An der letzten BAPLUK-Sitzung konnte man sich auf eine Kompromisslösung einigen, welche kurzfristig umgesetzt werden kann. Leider wird die ursprünglich geplante Begegnungszone in der nun vorgeschlagenen Variante C stark verkürzt und auf ein absolutes Minimum beschränkt. Es ist kein Geheimnis, dass sich gerade die SP immer für die Umsetzung von Begegnungszonen und Verkehrsberuhigungen in der Stadt Grenchen mit Überzeugung einsetzt. Gerne hätten sie auch hier der Variante A den Vorzug gegeben. Solange jedoch nicht klar ist, wie es mit dem Gesamtareal der BLS in diesem Bereich weitergeht, kann sie sich mit dieser abgeschwächten Begegnungszone einverstanden erklären. Wichtig ist, dass eine sofortige Verbesserung der jetzigen Situation eintritt. Zwingend muss jedoch diese Zwischenlösung nach einem halben Jahr neu überprüft und allenfalls müssen nötige Verbesserungen und Optimierungen vorgenommen werden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft.

- 2.3. Laut Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, ist die SVP klar der Meinung, dass Busse nicht auf der Strasse, sondern in einer Haltestelle mit einer Busbucht halten sollten, speziell auf dieser Strasse vor dem Nordbahnhof. Mit der vorliegenden Variante muss sich die SVP mit grossen Bedenken zufrieden geben: sie ist wenigstens die kostengünstige. In der stark verkürzten Begegnungszone wird jedenfalls die Radarfalle für „Normalfahrer“ minimiert. Das wichtigste Problem, nämlich die Sicherheit für die Fussgänger bleibt bestehen. Die Sicherheitsfrage ist mit dieser Variante nicht gelöst. Sollte die Zone eventuell bis nach der Bushaltestelle (nördlich) verlängert werden, ist damit zu rechnen, dass Schüler vor dem Bus auf die Strassen laufen werden. Überall wird gepredigt, dass man solche Sachen vermeiden sollte. Er wäre schon froh, wenn das Projekt so umgesetzt würde, wie es in der Vorlage steht. Die SVP ist für Eintreten.
- 2.4. Entsprechender Handlungsbedarf, so Gemeinderat Marco Crivelli, wurde ja schon länger erkannt und eine entsprechende Lösung von diversen Seiten gefordert. Die Ideen für die bestmögliche Lösung gehen jedoch, wie man es von den Vorrednern gehört hat, noch immer auseinander. Daher findet die CVP/glp-Fraktion das vorgeschlagene Vorgehen mit der Variante C sinnvoll. So können entsprechende Erfahrungen gemacht und daraus kann dann die effektiv beste Lösung herausgefiltert werden. Deshalb ist die CVP/glp-Fraktion überzeugt, dass die vorgeschlagene Variante C richtig ist, und in diesem Sinne für Eintreten.
- 2.5. Gemeinderat Ivo von Büren bekundet Mühe mit dem Geschäft. Seines Erachtens geht es so nicht. Das Geschäft wurde x-mal in der BAPLUK beraten und es wurden Begehungen durchgeführt. Dann hat man sich für eine Variante entschieden. Jetzt wird plötzlich gesagt, dass die Variante C eventuell noch abgeändert wird (je nachdem wird sie noch verlängert oder verkürzt). Damit kann er sich nicht einverstanden erklären. Er stellt einen Antrag auf Rückweisung. Bevor er dem Geschäft zustimmen kann, will er wissen, wie das Ganze genau aussieht. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat jetzt der Variante C zustimmt und nachher die Varianten A oder B realisiert werden. Er hat schlechte Erfahrungen damit gemacht, wenn man die Katze im Sack kauft.

- 2.6. Stadtpräsident François Scheidegger meint, dass die Sicherheitsfrage sicher entschärft ist. Ein Problem, das gelöst wurde, ist die Haftungsfrage, weil der Fussgängersteifen, den es dort gibt, absolut unzulässig und gesetzeswidrig ist. Wenn etwas passiert, haftet unter Umständen sogar noch die Stadt Grenchen.
- 2.7. Robert Gerber macht darauf aufmerksam, dass die Ein- und Ausfahrten in einer Tempo-20-Zone sichtbar zu signalisieren sind. Er muss sich bei diesem Geschäft an die Normen halten, sonst kann er die Massnahmen gar nicht publizieren. Die Begegnungszone wird nicht viel grösser, aber sie entspricht dann einigermassen den Normen, wenn auch nicht dem ursprünglichen Gutachten.
- 2.8. Aufgrund der Ausführungen von Robert Gerber zieht Ivo von Büren seinen Rückweisantrag zurück und erklärt sich mit der vorgeschlagenen Lösung einverstanden. Er wäre schon sehr dankbar, wenn es dann so kommt, wie es ihm jetzt versichert wird.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Marc Willemin ist der Ansicht, dass man bei diesem Projekt die gefährlichen Stellen noch entschärfen sollte. Der nördliche Teil der Begegnungszone sollte vor der Bushaltestelle enden.
- 3.1.1 François Scheidegger versichert, dass das Anliegen der SVP bei der Verwaltung angekommen ist.
- 3.1.2 Marc Willemin verzichtet auf einen Antrag.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Die Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung Begegnungszone Nordbahnhofstrasse werden zur Kenntnis genommen.
- 4.2. Der Variante C, ohne Strassenverbreiterung, wird zugestimmt.
- 4.3. Ein halbes Jahr nach Einführung der Begegnungszone, jedoch frühestens im Januar 2016, wird die Situation nochmals überprüft.
- 4.4. Die Baudirektion wird beauftragt in Koordination mit der Polizei Stadt Grenchen eine Lösung im Sinne der Variante C, ohne Strassenverbreiterung, umzusetzen.

**Vollzug:** BD

BAPLUKB BD  
Stapo  
FV

6.0.1 / acs

## Velodrome Suisse: Anlieferung über die Neumattstrasse / Grundsatzentscheid

Vorlage: BAPLUKB 30/30.03.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage anhand einer Präsentation kurz zusammen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Hubert Bläsi sind die Problematik wie auch die verschiedenen Interessen resp. Bedürfnisse erkannt. Nach schlechten Erfahrungen mit Fahrenden hat man die bestehende Höhenbegrenzung vor zirka zehn Jahren installiert. Bis heute hat sich die Massnahme bewährt. Die neue Situation mit dem Velodrome und die daraus resultierenden Anforderungen haben jetzt bekanntlich eine Debatte ausgelöst. Für die Lösungsfindung hat die Baudirektion vier Varianten ausgearbeitet. Die FDP-Fraktion teilt die Meinung, dass die Version mit Kamera und Poller die komfortabelste Möglichkeit darstellt. Weil aber auch die Bewirtschaftungsvariante A einen gangbaren Weg darstellt, wird die FDP, wie das auch die einstimmige BAPLUK empfiehlt, dem vorgeschlagenen Beschluss zustimmen. Einerseits trägt sie damit den unabdingbaren Sparanstrengungen Rechnung und andererseits ist sie der Auffassung, dass man in Zusammenarbeit mit dem Velodrome eine praktikable Vereinbarung ausarbeiten wie auch abschliessen kann. Aus der Optik der FDP wäre es dabei sinnvoll, dem Velodrome möglichst viel Gestaltungsspielraum zu gewähren, Das aber bei gleichzeitiger Übernahme der Verantwortung, falls etwas schief laufen sollte.
- 2.2. Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die SVP-Fraktion ebenfalls für Eintreten auf das Geschäft ist. Das Velodrome soll die Öffnungszeiten von sich aus bekannt geben können, aber auch die Verantwortung für das Ganze tragen. Mit Unterstützung des Personals des Restaurants oder des Velodroms und technischen Hilfsmitteln sollte es möglich sein, dass sich Lastwagenfahrer auch ausserhalb der Öffnungszeiten noch anmelden können.
- 2.3. Wie man aus der Vorlage entnehmen kann, so Matthias Meier-Moreno, Ersatz-Gemeinderat, hat man seit dem Jahr 2005 auf dem Badiparkplatz die Zu- und Durchfahrt mittels Höhenbeschränkung erfolgreich geregelt. Seit der Eröffnung des Velodromes im Jahr 2013 hat sich durch die Häufung von Anlässen auch der Werkverkehr mittels Anlieferungen durch LKWs verändert. Dies hat zur Folge, dass die Höhenbeschränkungen mehrmals täglich manuell geöffnet und auch geschlossen werden müssen, was aber beim Schliessen nicht immer der Fall ist.

Laut Velodrome besteht aufgrund der häufigen Anlieferungen Handlungsbedarf. Handlungsbedarf hätte eigentlich schon bei der Planung des Grossprojekts bestanden, bei welchem es verpasst wurde, die Anlieferung auf der Nordseite vorzusehen. Aufgrund der vorliegenden Sachlage hat am 22. September 2014 eine Sitzung zwischen der Polizei Stadt Grenchen, der Baudirektion, der Finanzverwaltung und dem Velodrome stattgefunden, bei welcher verschiedene Lösungsvorschläge diskutiert wurden. Leider ist daraus nicht ersichtlich, ob mit dem Velodrome über eine finanzielle Beteiligung verhandelt wurde. Eine Beteiligung an den Kosten findet die CVP-/glp-Fraktion nicht mehr als fair, denn vom neuen Pfortnersystem profitiert vor allem das Velodrome und nicht unbedingt die Stadt Grenchen. Falls bereits ein abschlägiger Entscheid an einer Kostenbeteiligung oder Kostenübernahme von Seiten Velodrome eingetroffen ist, wird sie die Variante A gemäss der Vorlage unterstützen. Die Variante A mit einer zeitlich eingeschränkten Anlieferung, welche mit Abstand die kostengünstigste ist, ist sicherlich nicht optimal und auch nicht zwingend sicher betreffend unbefugtes Befahren des Geländes. Weiter müssen ausserhalb der Anlieferungszeiten die Höhenbeschränkung wie bisher manuell geöffnet und geschlossen werden. Die CVP-/glp-Fraktion hat die Befürchtung, dass bei zunehmendem Betrieb im Velodrome und mit der neuen BMX-Piste nach einer Umsetzung der Variante A sich der Gemeinderat schon bald wieder mit diesem Thema wird beschäftigen müssen. Die CVP-/glp-Fraktion strebt daher eine definitive Lösung für die Zukunft an und macht sich für die Variante D stark. Ihr ist bewusst, dass Fr. 76'000.00 viel Geld sind. Wenn aber eine Kostenbeteiligung durch das Velodrome erfolgen würde, ist dies eine gute Investition. Bevor sie aber einen Variantenentscheid fällt, möchte sie zuerst die Frage einer möglichen Kostenbeteiligung geklärt wissen.

- 2.4. Wie Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, ausführt, ist die SP-Fraktion für Eintreten und stimmt den Anträgen und dem Beschlusssentwurf zu. Seit dem Massnahmenentscheid gegen das wilde Parkieren von Fahrenden der BAPLUK im Jahr 2005 generieren im Bereich des Velodromes verschiedene Anlässe eine hohe Anzahl von Werkverkehr. Die Anlieferungen erfolgen meistens tagsüber per Lastwagen und bedingen folglich ein häufiges Öffnen und Schliessen - wenn überhaupt - der im 2005 eingeführten Höhenbeschränkung, welche sich im Übrigen gegen die Parkplatzbesetzung durch Fahrende bewährt hat. Handlungsbedarf besteht heute vor allem aufgrund der Anlieferungen seitens des Velodromes. Die Baudirektion hat vier Lösungsvorschläge ausgearbeitet und es fand zudem eine Besprechung mit den involvierten Parteien statt (Polizei Stadt Grenchen, Baudirektion, Finanzverwaltung und Velodrome Suisse). Die Anliegen seitens der Betreiber des Velodromes sind zwar nachvollziehbar (keine Schrankenbewirtschaftung oder keine zeitlich limitierte Anlieferung). Andererseits sind die Interessen der Stadt Grenchen ebenfalls zu berücksichtigen (Beibehaltung und „Durchsetzung“ der Höhenbegrenzung, einfache und kostengünstige Lösung). In Abwägung sämtlicher Umstände ist die SP für die Variante A und schliesst sich somit dem einstimmigen Antrag und Beschluss der BAPLUK an den Gemeinderat an. Auf jeden Fall muss die Zufahrt jederzeit gewährt sein. Es ist schlichtweg eine Organisationsfrage für die Betreiber des Velodromes.
- 2.5 Daniel Gäumann erklärt, dass anlässlich der gemeinsamen Sitzung auch der Punkt der Kostenbeteiligung angesprochen wurde. Das Velodrome hat es grundsätzlich abgelehnt, dieses Thema zu diskutieren und ist nicht auf das Anliegen der Stadt eingegangen. Die Betreiber des Velodromes sind der Auffassung, dass die finanzielle Situation nicht ihr Problem sei.

Insofern ist nicht klar, wie sich das Velodrome zu einem klaren, schriftlich formulierten Antrag um Kostenbeteiligung äussern würde.

- 2.6. Für Stadtpräsident François Scheidegger ist dies aber genau der Punkt: Man kann jetzt die Verantwortung dem Velodrome übertragen, aber primär hat die Stadt Grenchen das Problem. Es gibt dort noch ein Schwimmbad. Er macht beliebt, gemäss der Vorlage der BAPLUK zu fahren - die Variante A ist an und für sich vernünftig - und dann zu schauen, wie sich das Velodrome verhält. Vielleicht kommt das Velodrome doch noch auf die Stadt mit dem Angebot zu, sich bei einer anderen Lösung auch finanziell zu beteiligen.
- 2.7. Bezüglich der Frage der finanziellen Beteiligung kann sich Daniel Gäumann gut vorstellen, dass ein Auftrag der Politik ein anderes Gewicht hat als wenn ein Anliegen von der Verwaltung an das Velodrome herangetragen wird.
- Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Von den Variantenvergleichen wird Kenntnis genommen.
- 4.2. Die Umsetzung der Variante A erfolgt nach der GREGA (Mitte Juni 2015).
- 4.3. Die Anlieferzeiten sind mit der Velodrome Suisse AG zu definieren.
- 4.4. Für das Öffnen und Schliessen der Schranken ist die Velodrome Suisse AG zuständig.

**Vollzug:** BD

BAPLUK  
BD  
Stapo  
FV

6.3 / acs

## **Stadtgärtnerei: Zukünftige Neuausrichtung und Reorganisation**

Vorlage: BAPLUKB 37/27.04.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist. Um die Qualität - Grenchen als Wohn und Technologiestadt im Grünen - aufrecht zu erhalten, braucht es wie in anderen Städten eine kompetente Stadtgärtnerei. Bei der Baudirektion der Stadt Grenchen braucht es neben den Abteilungen wie Hochbau, Tiefbau oder Stadtplanung eine Stadtgärtnerei, die den verschiedenen Aufgaben und Anforderungen im städtischen Raum in der heutigen Zeit gerecht wird. Zu den vielfältigen Bereichen der Stadtgärtnerei - nebst dem normalen Unterhalt der städtischen Anlagen - gehören auch organisatorische und raumplanerische Aufgaben sowie Förderung von Natur- und Umweltschutz, Substanzerhaltung und Weiterentwicklung der städtischen Grünräume. Das alles sind zeitgemässe und selbstverständliche Anforderungen an eine moderne Stadtgärtnerei. Die SP-Fraktion erachtet die vorgeschlagene Neuausrichtung und Reorganisation als sinnvoll und wird auch der Umbenennung in „Stadtgrün Grenchen“ zustimmen.
- 2.2. Gemäss Gemeinderat Hubert Bläsi hat die Diskussion zum Thema in der FDP-Fraktion - anlog zur Vorlage - quasi ein XXL-Format angenommen. Es ist hinlänglich bekannt, dass sowohl Beobachtungen von Tätigkeiten wie auch der Detaillierungsgrad von Dienstleistungen bezüglich von Stadtgärtnereien nicht nur in Grenchen zu entsprechend grossen Debatten führen. Wichtig ist ihm zu betonen, dass die FDP die nicht immer einfachen oder angenehmen Arbeiten der Mitarbeiter in der Stadtgärtnerei sehr schätzt. Die Wertschätzung ihrerseits ist gegeben - auch ohne Namensänderung. Die vorliegende Planung für die zukünftig Neuausrichtung und Reorganisation wurde aber auch kritisch unter die Lupe genommen. Unbeantwortet blieb die Frage, wer den Auftrag für die Neuausrichtung erteilt hat und wie die Zielsetzung definiert wurde. Die FDP ist der Meinung, dass die Stadtgärtnerei vordringlich den Unterhalt der städtischen Grünflächen im Fokus haben muss. Spezialprogramme wie z.B. die Bekämpfung der invasiven Neophyten usw. sollen erst in zweiter Linie oder beim Vorhandensein offener Kapazitäten angepackt werden. Schreibtischarbeit ist zudem auf das nötige Minimum zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang kann die FDP auch das Anliegen einer Namensänderung nicht stützen. Ein 'Brand'-Wechsel verursacht nur Kosten und bringt keinen Mehrwert. Falls dieser Verzichtsantrag, der Antrag für die Neuformulierung von Punkt 3.4 (er kommt in der Detailberatung darauf zurück) und die entsprechenden Anpassungen im Beschluss ihren Niederschlag finden, wird die FDP der Vorlage zustimmen. Für die Stadtgärtnerei würde dies bedeuten, dass sie bei der Organisation wie auch bei der effizienten Umsetzung der Dienstleistungen gewisse Freiheiten geniessen könnte. Dies unter dem Aspekt, dass wegen der schwierigen finanziellen Ausgangslage keine Mehrkosten generiert werden dürfen. In diesem Sinne wird die FDP den Status quo stützen.

2.3. Gemeinderat Marco Crivelli verweist auf den Slogan „Grenchen - die Technologie-stadt im Grünen“. Dies ist ein Slogan, den man sicher unterschreiben kann. Die Stadt weist zahlreiche öffentliche und private Grünflächen von hoher Qualität auf. Dass dies Unterhalt bedarf, weiss wohl jeder, der einen eigenen Garten betreuen darf. Die Stadtgärtnerei macht in dieser Hinsicht einen guten Job. Trotzdem ist die CVP-/glp-Fraktion erstaunt über das vorliegende Papier. Ihr fehlen gewichtige Abklärungen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung. Im Anhang wurden die Aufgaben der Friedhofgärtner sehr detailliert analysiert und dargestellt, sogar im Vergleich mit anderen Städten. Dies fehlt ihr jedoch für den restlichen Bereich der Stadtgärtnerei. Es wird bemerkt, dass bei gleicher Entwicklung der Aufgabenbereiche eine Aufstockung der Stellen erfolgen muss resp. Leistungen gestrichen werden müssen. Was sind die Aufgaben der Stadtgärtnerei? Gibt es eventuell Aufgabenfelder, die nicht explizit aus der Stadtgärtnerei erfolgen müssen? Können Leistungen kostenneutral durch externe Stellen umgesetzt werden? Um welche Leistungen kann es sich dabei handeln? Um einen Entscheid zu fällen, muss die CVP/glp wissen, auf was man verzichten kann und will oder was extern vergeben werden soll? Weiter fehlen ihr die Angaben über mögliche Synergien. Was kann zusammen mit den Werkhofmitarbeitern erfolgen? Ist es denkbar, im Bereich der Baumpflege mit dem Forstbetrieb der Bürgergemeinde Grenchen eine Zusammenarbeit zu finden? Dies sind Fragen, welche die CVP-/glp-Fraktion vorher beantwortet haben möchte. Zur Umbenennung in Stadtgrün fragt sie sich, ob dies wirklich notwendig ist. Umbenennungen haben immer Kosten zur Folge. Diese Kosten sind in der Vorlage jedoch nicht erwähnt. Wie ist dieser Auftritt neu geplant? Will man Fahrzeuge neu beschriften, wird neues Briefpapier benötigt, ist ein neues Erscheinungsbild geplant, welches noch von jemandem entworfen werden muss? Auch hier geht die Vorlage nicht darauf ein. Es geht der CVP/glp nicht um die Leistung der Stadtgärtnerei resp. der Angestellten, aber den formulierten Anträgen kann sie ohne weiteres Detailwissen nicht zustimmen. Daher möchte sie beliebt machen, dies als 1. Lesung zu betrachten. Eine Reorganisation ist nicht grundsätzlich bestritten, die CVP/glp braucht jedoch für eine Beurteilung in der 2. Lesung die Beantwortung der gestellten Fragen.

2.4. Gemäss Daniel Gäumann wurde mit dem Stellenantritt des neuen Stadtgärtners und dem neuen arbeitstechnischen Einsatz der Mitarbeitenden festgestellt, dass die Arbeitsweise eigentlich nicht mehr der festgelegten Struktur (Hierarchiegliederung, Einsatz, Know-how, Fachwissen) entspricht. Das hat im Spätherbst 2014 dazu geführt, dass der Stadtgärtner baudirektionsintern Vorschläge unterbreitet hat, wie man die Stadtgärtnerei reorganisieren könnte, damit es der aktuell gelebten und praktizierten Arbeitsweise und -struktur entspricht. Das ist der Ursprung des Geschäfts.

Die Zielsetzung ist, dass die Mitarbeitenden eine klare Struktur und klare Aufgabenbereiche wahrnehmen können, damit wieder Ruhe in die Stadtgärtnerei einkehren kann. Aufgrund der Wechsel war eine gewisse Unruhe entstanden. Die in den letzten Monaten eingeleiteten Änderungen haben bereits eine ganz wesentliche Beruhigung ergeben. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadtgärtnerei und dem Werkhof wird gefördert und Mitarbeitende der Stadtgärtnerei, die gewisse Einschränkungen in der Tätigkeit haben, im Werkhof eingesetzt. Auch wenn sich die Stadtgärtnerei und der Werkhof gegenseitig helfen, braucht es trotzdem eine saubere Gliederung. Deshalb ist in der Vorlage auch erwähnt, dass ein Mitarbeitender der Stadtgärtnerei definitiv zum Werkhof wechseln wird. Das Branding generiert keine Kosten. Die Fahrzeuge sind weiterhin mit Baudirektion angeschrieben. Er geht nicht davon aus, dass man Geld zur Verfügung haben wird, um ein Logo zu entwickeln, das dann auf den Fahrzeugen, dem Briefpapier sowie auf Jacken, Hüten etc. prangen wird. Es geht hauptsächlich darum, ein Verständnis, eine Wertschätzung für die Mitarbeitenden zu generieren. Die Mitarbeitenden sollen stolz auf ihre Arbeit sein. Es soll ein Commitment zum „Stadtgrün“ sein. Die Politik gibt den Mitarbeitenden das Vertrauen und unterstützt sie darin, ihre Leistungen zu erfüllen. Das Zusammenrücken der Stadtgärtnerei und des Werkhofs aufgrund des gemeinsamen Gebäudes (Garderobe, Büro etc.) sowie die sechs- bis 9-monatige Erfahrungen zielen genau darauf ab, dass sich die zwei Organisationseinheiten intern helfen können. Es werden auch externe Landwirte mit grossen Mähmaschinen hinzugezogen, um kostenmässig günstiger arbeiten zu können. Daniel Gäumann kann verstehen, dass man das Wort „Planung“ in den falschen Hals bekommen kann. Hier ist Arbeitsvorbereitung (AVOR) gemeint und keine Planung auf der Baudirektion. Die AVOR braucht unbestrittenermassen eine gewisse Kopfarbeit und gewisse Vorleistungen im Büro. Es ist in keiner Art und Weise die Idee, dass ein zusätzlicher Planungsmitarbeiter in der Stadtplanung entsteht. Die Zusammenarbeit mit externen Stellen wurde angedacht und wird auch schon praktiziert (es gab beispielsweise Baumfällaktionen).

- 2.5. Gemeinderat Alexander Kaufmann möchte eine Lanze für die Vorlage brechen. Sie wurde immerhin in der Bau-, Planungs- und Umweltkommission behandelt und einstimmig angenommen. Die Kommissionsmitglieder haben das Geschäft detailliert zu Ohren bekommen. Er ist überzeugt, dass es eine gute Sache ist, und bittet den Rat, die Anträge gemäss BAPLUK-Beschluss zu unterstützen.

*Der Antrag von Marco Crivelli, das Geschäft in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen, wird mit 9 : 6 Stimmen gutgeheissen.*

### 3. Detailberatung

- 3.1. Hubert Bläsi bezieht sich auf den ersten Satz in Ziff. 3.4. auf S. 6 der Vorlage. Das Wort *Ziel* ist durch das Wort Aufgabe zu ersetzen: *Aufgabe der beantragten Reorganisation ist es, den Aufgabenbereich mit gleichem Personalbestand abzudecken.* Der Schlusssatz von Ziff. 3.4 ist aus der Vorlage zu streichen: ~~*Bei gleich bleibender Tendenz der Entwicklung der Aufgaben wird, zumindest mittelfristig, eine Aufstockung des Stellenetats oder ein Leistungsabbau unumgänglich sein.*~~
- 3.2. Stadtpräsident François Scheidegger bittet Marco Crivelli, der Baudirektion noch die offenen Fragen der CVP-/glp-Fraktion zuhanden der 2. Lesung mitzuteilen.



Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

**Vollzug:** BD, PA

BAPLUK  
BD  
FV  
PA

0.2.2 / acs

**Bewilligung von Kreditüberschreitungen 2014 Pensionskasse: Pensionskasseneinkäufe  
Pensionierungen (Kreditkompetenz Gemeinderat)**

Vorlage: PA/07.05.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat genehmigt den Nachtragskredit von Fr. 232'338.00 für Konto 030.307.01 Pensionskasseneinkäufe Pensionierungen.

**Vollzug:** FV

FV  
PA

9.2.1.2 / acs

## **Neuer Landbeschaffungskredit / Bewilligung**

Vorlage: LA-ZirkB 7/29.04.2015

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtbaumeister Daniel Gäumann fasst die Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

2.1. Markus Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat, erklärt, dass die SP-Fraktion die Aufstockung des Landbeschaffungskredites um 10 Millionen Franken unterstützt. Die Stadt Grenchen hat bisher sehr erfolgreich im Gebiet der Landbeschaffung für Industrie und Gewerbe gewirkt. Um in der derzeitigen Situation vom doch sehr aktiven Markt des Wohnungsbaus nicht abseits zu stehen, ist es an der Zeit, dass die Stadt nun auch auf dem Grundstücksmarkt für Wohnungsbauten aktiv wird. Damit ist die Stadt auch wieder fähig, aktiv einzugreifen, wenn Landreserven auf den Markt gelangen, die für die städtebauliche Weiterentwicklung von Grenchen wichtig sind. Weiter können so auch gewisse Grundstücke der Spekulation entzogen werden. Erfreulich ist, aus der Vorlage zu entnehmen, dass mit der aktiven Bodenpolitik in den letzten Jahren ein Buchgewinn von 6 Mio. Franken erzielt wurde. Da diese Gewinne immer in der laufenden Rechnung der Stadt verbucht wurden, fehlt nun dieses Geld und muss nun wieder mittels einer neuen Kredites Geld bereitgestellt werden. Die SP-Fraktion macht darauf aufmerksam, allfällige Gewinne aus Grundstückverkäufen doch direkt wieder in diesen Landbeschaffungskredit zurückzuspeisen. Sie wird dem Landbeschaffungskredit über 10 Millionen Franken zustimmen.

2.2. Gemäss Gemeinderat Hubert Bläsi ist der Landbeschaffungskredit enorm wichtig für Grenchen. Wenn ein Geschäft unbestritten ist, läuft man Gefahr, weniger dazu zu sagen. Der Landbeschaffungskredit ist gerechtfertigt und unabdingbar für die Stadt – soviel im Sinne einer kurzen Botschaft an die Stimmbürger/-innen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1. Als Antrag an die Gemeindeversammlung zuhanden der Urnenabstimmung:

4.1.1 Es wird ein Landbeschaffungskredit von 10 Mio. Franken bewilligt.

4.1.2 Der Erwerb von Liegenschaften/Grundstücken soll sich innerhalb der ortsüblichen Preise bewegen.

4.1.3 Es ist darauf zu achten, dass die Kaufgeschäfte der Stadt Grenchen keine Erhöhung der Landpreise verursachen.

4.1.4 Im Verwaltungsbericht sind die im betreffenden Jahr getätigten Landgeschäfte aufzuzeigen.

4.1.5 Ausnahmsweise, sofern dies im Interesse von Abtauschgeschäften begründet ist, sollen auch Käufe in Nachbargemeinden getätigt werden können.

4.1.6 Wenn ein Grundstück, welches aufgrund des Landbeschaffungskredites erworben wurde, einem öffentlichen Zweck zugeführt wird, ist ein Ausgabenbeschluss nach Kompetenzordnung erforderlich.

4.1.7 Der Kredit wird der Gemeindeversammlung zur Bewilligung vorgelegt und es hat die Schlussabstimmung an der Urne zu erfolgen (§§ 16 und 20 Gemeindeordnung).

4.1.8 Die Stadtkanzlei wird beauftragt, nach Beschlussfassung der Gemeindeversammlung die Urnenabstimmung vorzubereiten und die Abstimmungsbotschaft zu verfassen.

**Vollzug:** KZL, BD

BD  
KZL  
Wifö  
FV

8.5.1 / acs

## **Rechnung und Verwaltungsbericht 2014 der Stadt Grenchen**

Vorlagen: FV/04.05.2015

Rechnung und Verwaltungsbericht 2014 der Stadt Grenchen

Bericht RPK/AfG-Präsident/27.04.2015: Prüfungsjahr 2014 - Bereich "Rechnungswesen"

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, verweist vorgängig auf die bereits erfolgte Orientierung über das Rechnungsergebnis 2014 vom 28. April 2015 und auf den ausführlichen Bericht der Finanzverwaltung in der gedruckten Rechnung, welche dem Rat per Post zugestellt wurde. In seiner Präsentation beschränkt er sich auf die wesentlichen Eckdaten und ein paar Ergänzungen. Hier das Ergebnis zusammengefasst mit den wichtigsten Kennzahlen:

1.2. Rechnungsabschluss

1.2.1 Laufende Rechnung

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung fällt mit einem Aufwandüberschuss von rund 3.5 Mio. Franken um rund 1.7 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert. Diese Verschlechterung ist trotz des tieferen Gesamtaufwands von 96.9 Mio. Franken (inkl. Nachtragskrediten von rund 3.8 Mio. Franken) wegen des deutlich tieferen Gesamtertrages von 93.4 Mio. Franken entstanden.

1.2.2 Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 5.2 Mio. Franken ab. Die ordentlichen Nettoinvestitionen betragen 6.2 Mio. Franken und die Spezialfinanzierungen belaufen sich auf minus 1.0 Mio. Franken. Netto sind 1.6 Mio. Franken weniger investiert worden als budgetiert.

1.2.3 Die Abschreibungen liegen mit 2.5 Mio. Franken deutlich (siehe Parkplätze) unter dem Budget.

1.2.4 Cash Flow (Finanzierungsergebnis)

Wegen des deutlich schlechteren Ergebnisses in der Laufenden Rechnung und der tieferen Abschreibungen fällt der Brutto-Überschuss (Cashflow) mit minus 1.0 Mio. Franken um ca. 2.6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Nach Abzug der Nettoinvestitionen von 5.2 Mio. Franken resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 6.250 Mio. Franken.

1.2.5 Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt somit minus 20 % anstelle von 23 % im Voranschlag.

- 1.2.6 Das Nettovermögen nimmt um das negative Finanzierungsergebnis auf 4.2 Mio. Franken ab. Das Nettovermögen pro Kopf beträgt neu per Ende 2014 Fr. 249 (Vorjahr Fr. 624).
- 1.2.7 Der Aufwandüberschuss von 3.5 Mio. wird dem Eigenkapital entnommen.
- 1.2.8 Das Eigenkapital nimmt um 3.5 Mio. Franken auf rund 31.5 Mio. Franken ab.
- 1.3 Die beste Übersicht der Veränderungen über die verschiedenen Verwaltungseinheiten zeigt die funktionale Gliederung mit den Nettokosten. Die entsprechenden Kennzahlen befinden sich auf den Folien 1-3 (siehe Beilagen).
- Als Vorbemerkung erwähnt David Baumgartner, dass bei den Besoldungen des Verwaltungspersonals und der Lehrkräfte, wie budgetiert, kein Teuerungsausgleich bezahlt wurde. In der vorliegenden Rechnung sind keine Besoldungen inkl. Sozialleistungen für Rückstellungen von Überzeit- und Ferienguthaben enthalten. Diese waren auch nicht budgetiert.
- 1.4. Entwicklung Steuerertrag (Folie 4)
- 1.4.1 Bei den natürlichen Personen fällt der Steuerertrag mit 46.1 Mio. Franken 9.1 % höher aus als budgetiert. Die Taxationskorrekturen aus Vorjahren sind dabei 2.0 Mio. Franken höher als budgetiert. Gegenüber der Rechnung 2013 resultiert eine Zunahme von 2.6 Mio. Franken, was 5.6% entspricht.
- 1.4.2 Bei den juristischen Personen resultiert gegenüber dem Budget eine Ertragsabnahme von 7.1 Mio. Franken oder 42 % auf 9.9 Mio. Franken. Gegenüber der Rechnung 2013 ist das eine Abnahme vom Steuerertrag von 11.6 Mio. Franken.
- 1.4.3 Der gesamte Steuerertrag der natürlichen und juristischen Personen liegt gegenüber dem Vorjahr um ca. 9.0 Mio. Franken tiefer und beträgt rund 55.9 Mio. Franken.
- 1.4.4 Bei den Grundstückgewinnsteuern und diversen Steuern ist mit einem Ertrag von 0.6 Mio. Franken eine Reduktion von 0.1 Mio. Franken gegenüber dem Budget und ein Rückgang von 0.2 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.
- 1.5 Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Ergebnis 2014 wie prognostiziert mit einem Aufwandüberschuss abgeschlossen hat. Der Trend hin zu stabileren Finanzen konnte somit nicht weiter gestärkt werden.
- 1.5.1 Entwicklung Eigenkapital, Nettoverschuldung, Nettovermögen (Folie 5)
- Aus dieser Übersicht geht hervor, wohin die Entwicklung des Eigenkapitals, der Nettoverschuldung bzw. des Nettovermögens seit 1996 bis heute zeigt. Die Entwicklung des Eigenkapitals der letzten 7 Jahre zeigt die aktuelle Finanzlage der Stadt Grenchen als stabil auf. Ende 2014 beträgt das Eigenkapital 31.5 Mio. Franken.
- Der Rückfall in eine Nettoverschuldung konnte 2014 nur dank den guten Rechnungsabschlüssen 2012 und 2013 verhindert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad über die letzten 5 Jahre beträgt 70.6 % (von 88.6 %). Das bedeutet, dass die Nettoinvestitionen in den Jahren 2010-2014 von rund 31.4 Mio. Franken zu gut 70 % aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten. Die restlichen 30 % wurden mit Fremdkapital finanziert.
- 1.5.2 Das Ergebnis 2014 zeigt auf, dass sich der positive Trend bei den Steuereinnahmen 2011 bis 2013 bei den natürlichen Personen im 2014 fortgesetzt hat. Das ist erfreulich!

Bei den juristischen Personen ist der Steuerertrag deutlich tiefer als im Vorjahr. Allerdings hat dieser Einbruch keine negativen Ursachen, sondern ist wegen der getätigten Investitionen der Industriefirmen auf dem Platz Grenchen entstanden. Trotzdem wird man zukünftig weiter vorsichtig budgetieren und planen müssen, weil man nicht weiss, wie sich die Wirtschaft entwickelt und welchen Einfluss die anstehende Unternehmenssteuerreform III haben wird.

### 1.5.3 Entwicklung Rechnungsergebnisse (Folie 6)

Das Rechnungsergebnis 2014 von minus 3.5 Mio. Franken bedeutet gegenüber den Vorjahren ein Dämpfer. Er hat im vergangenen Jahr darauf hinweisen, dass mittel- bis langfristig nicht mit Überschüssen gerechnet werden darf. Das veranschaulicht u.a. auch wieder die Präsentation des Finanzplans 2016 bis 2020, welcher demnächst den Behörden vorgelegt wird. Die ganze Planung wird begleitet von grossen Projekten und Ausgabenpositionen, welche den Kanton und die Gemeinden in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Das sind u.a. Themen wie die Sanierung der Kantonsfinanzen, die Einführung von HRM2, die nicht quantifizierbaren möglichen Ausfälle durch die bereits angesprochene Unternehmenssteuerreform III oder die Auswirkungen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs (FLA), aber auch die Kostenentwicklung beim Sozialen.

Man muss deshalb weiterhin vorsichtig und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen. Investitionsentscheide müssen hinterfragt und langfristig betrachtet werden. Entscheide, die nachhaltige und wiederkehrende Kosten verursachen, sind zweimal zu überdenken.

### 1.6. Stadtpräsident François Scheidegger dankt David Baumgartner für seine Ausführungen und den Mitarbeitenden der Finanzverwaltung für die geleistete Arbeit.

## 2. Eintreten

### 2.1. Heute und schon an der Vororientierung im Gemeinderat vom 28. April 2015, so Gemeinderat Renato Müller, hat Finanzverwalter David Baumgartner auf den wesentlichen Rückgang des Steuerertrages der „Juristischen Personen“ aufmerksam gemacht. Investitionen und die darauffolgenden Abschreibungen schmälern bekanntlich die Geschäftsergebnisse und haben im abgelaufenen Jahr zu markanten Senkungen der Unternehmenssteuern geführt. Für das Gesamtergebnis 2014 mit einem Aufwandüberschuss von insgesamt rund Fr. 3.5 Mio. ist nicht nur die vorgenannte Konstellation verantwortlich. Es hat auch positive Entwicklungen gegeben, die ein noch grösseres Defizit verhindert haben. So sind bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen Mehreinnahmen von fast Fr. 3.9 Mio. zu verzeichnen. Beim Sachaufwand liegen Minderaufwendungen von rund Fr. 440'000.00 vor und diese zeigen den häuslicheren Mittelumgang der Verwaltungsabteilungen auf. Für die Zukunft gilt es diesen Sparwillen weiterhin hoch zu halten und die Ausgabendisziplin in der Stadtverwaltung unvermindert einzufordern. Mit einiger Zuversicht darf man aber auch den Investitionsschub in den Wirtschaftsstandort Grenchen werten. Obwohl er letztes Jahr massgeblich für tiefere Unternehmenssteuern sorgte, ist er auch Indikator für künftig positivere Entwicklungen.

Berechtigte Erwartungen setzt die FDP auch in die mittlerweile lancierte "Finanzstrategie", in der die Stadtverwaltung und der Gemeinderat gemeinsam Optimierungspotential und vor allem Massnahmen gegen eine drohende Verschuldung der Stadt Grenchen beraten. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten, pflichtet dem RPK-Bestätigungsbericht vom 23. April 2015 bei und wird die Verwaltungsrechnung 2014 unter Verdankung der geleisteten Arbeit zuhanden der Gemeindeversammlung verabschieden.

- 2.2. Gemeinderat Remo Bill erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist, David Baumgartner hat die Gründe für dieses Defizit auch schon in der SP-Fraktion erläutert. Es ist - «das schleckt keine Geiss weg» - die schlechteste Jahresrechnung seit Jahren. Es wäre hier fehl am Platz zu diskutieren, wer die Verantwortung für dieses Defizit übernimmt. Er wird auch nicht im Detail die verschiedenen Rechnungspositionen in Frage stellen. Der Gemeinderat ist gefordert, die Finanzen in der Stadt Grenchen wieder in den Griff zu bekommen. Es muss in Zukunft genauer bzw. realistisch budgetiert oder mit einem Globalbudget gearbeitet werden. Die jährlich wiederkehrenden Nachtragskredite - die hier im Gemeinderat behandelt werden - müssen minimiert werden. Er glaubt trotzdem an eine positive, finanzielle Zukunft der Stadt Grenchen. Die vielen Bautätigkeiten besonders im Wohnbereich stimmen ihn optimistisch, dass der Ertrag bei den natürlichen Personen zunehmen wird. Auch die diversen Investitionen von Unternehmungen in die Infrastruktur zeigen, dass diese Firmen an den Standort Grenchen glauben. Er dankt David Baumgartner und seinem Team für ihre Arbeit.
- 2.3. Laut Gemeinderätin Nicole Hirt dankt die CVP-/glp-Fraktion der Verwaltung für den Rechnungs- und Verwaltungsbericht und die damit verbundenen Arbeiten. David Baumgartner hat es ausgeführt: Die Mindereinnahmen der Steuererträge bei den juristischen Personen hat u.a. dazu geführt, dass es im Jahre 2014 zu einem Aufwandüberschuss von rund 3.5 Millionen Franken gekommen ist. Eine kleine Anzahl Firmen ist für einen Drittel des Steuerkuchens verantwortlich. Zurückzuführen ist die Reduktion von 7 Mio. Franken gegenüber dem Budget mit einer grossen Investitionstätigkeit bei den Firmen. Die allgemeine Verwaltung verzeichnet einen Aufwandüberschuss von Fr. 313'000.00 gegenüber dem Budget. Der Stellenetat wurde von fast 214 Vollzeitstellen im Jahre 2012, auf 220 im Jahre 2013 und dann nochmals auf fast 228 Stellen angehoben (s. S. 118, Ziff. 1.3 Stellenbestand). Bei einem Aufwandüberschuss von 3.5 Millionen Franken muss es das erklärte Ziel sein, in diesem Jahr schwarze Zahlen, mindestens eine schwarze Null zu schreiben. In jeder Unternehmung sind die höchsten Kosten die Personalkosten. Deshalb macht die CVP-/glp beliebt, den Stellenetat der Verwaltung so lange einzufrieren, bis die schwarze Null Tatsache ist. Wo immer möglich sollen Abgänge nicht ersetzt oder zumindest einer Überprüfung unterzogen werden. Es ist sparen angesagt, und das muss auch die Verwaltung tun.
- 2.5. Laut Gemeinderat Ivo von Büren ist bei der Stadt Grenchen Sparen angesagt. Man hat kein Geld mehr. Die SVP-Fraktion ist immer für Sparen. Bisweilen wird er gehänselt, er sei von der Sparpartei - er kann gut damit leben. Alle Jahre werden hier die gleichen schönen Rede gehalten: man soll, man muss... Es wird davon gesprochen, was man machen soll und muss, aber getan wird es nicht. Wenn die SVP im Gemeinderat Sparanträge stellt, lautet das Stimmenverhältnis grösstenteils 12 zu 3 Stimmen. Auch in der GRK wird er bei solchen Anträgen gnadenlos überstimmt. Was hier praktiziert wird, ist nicht sparen, sondern Geld ausgeben.



Der Gemeinderat soll sich einmal selbst an der Nase nehmen. Damit fängt es nämlich an. David Baumgartner hat vorhin auf die Sparrunden hingewiesen, welche zurzeit stattfinden. Aber nur Sitzungen durchzuführen und über Sparmassnahmen zu reden, aber danach nichts Konkretes zu unternehmen, hat mit ernsthaftem Sparen nichts zu tun. Ihm ist aufgefallen, dass viel geredet, aber wenig gemacht wird. Dabei wäre es dringend, endlich Massnahmen zu ergreifen und nicht nur über solche zu reden; und hier sind alle im Rat gefragt. Vielleicht wäre es auch an der Zeit, einmal einen Sparvorschlag der SVP anzunehmen.

- 2.6. François Scheidegger bezieht sich auf das Votum von Nicole Hirt, welche beliebt macht, den Stellenetat einzufrieren. Es wäre gut, wenn man hier einen Beschluss oder einen Vorstoss hätte. Die Verwaltung setzt alles um, was der Gemeinderat beschliesst. Der Gemeinderat nimmt demnach zur Kenntnis, dass allenfalls ein Vorstoss zu diesem Thema eingereicht wird.

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

#### 3.1. *Rechnung 2014*

##### 3.1.1 Konto 021.301.00 / Rechtsdienst / Besoldungen

- 3.1.1.1 Nicole Hirt bittet um Erklärung, warum einerseits bei den Besoldungen ein Betrag aufgeführt ist und andererseits auf S. 118 beim Stellenbestand steht, dass es beim Rechtsdienst total 0.0 Stellen gab.

- 3.1.1.2 Laut Esther Müller-Cernoch zeigt die Tabelle auf Seite 118 den IST-Zustand des Stellenbestandes per 31.12.2014 auf. Der ehemalige juristische Mitarbeitende trat vor Ende 2014 aus den Diensten der Stadt aus, so dass man am Stichtag keinen Mitarbeitenden im Rechtsdienst hatte. Die neu gewählte Rechtskonsultantin trat ihre Stelle erst am 01.01.2015 an.

François Scheidegger verweist in diesem Zusammenhang auf die Position „Verrechnung Besoldungskosten“ (Konto 021.390.00) für Stadtschreiberin Luzia Meister, welche bis Ende 2014 als Leiterin Rechtsdienst tätig war.

##### 3.1.2 Konto 028.318.50 / Allgemeine Personalkosten / Dienstleistungen, Honorare

- 3.1.2.1 Nicole Hirt erkundigt sich nach den Gründen, weshalb im Voranschlag 2014 Fr. 25'000.00 budgetiert waren, in der Rechnung 2013 aber rund Fr. 82'000.00 aufgewendet wurden.

- 3.1.2.2 Esther Müller-Cernoch bemerkt, dass hier vor allem die Rekrutierungen „Stadtbaumeister“, „Leiter Werkhof“, „Rechtskonsultantin“ zu zusätzlichen Nachtragskrediten geführt haben. Auch die Mitarbeitendenbefragung 2014 war eine relativ grosse Position. Dazu kamen noch zusätzliche Ausgaben aufgrund von Neueinrichtungen von Stellen durch die OGS Beratungsteam AG.

##### 3.1.3 Konto 029.310.00 / Allgemeine Verwaltung / Büromaterial, Drucksachen, Inserate, Literatur

- 3.1.3.1 Nicole Hirt möchte wissen, warum im Voranschlag 2014 Fr. 11'000.00 budgetiert waren, in der Rechnung 2014 aber rund Fr. 77'000.00 verbucht wurden.

### 3.1.3.2 Stellungnahme der Finanzverwaltung zuhanden Protokoll:

*„Über die Rubrik 029.310.00 wurde im Jahr 2014 unter Federführung der Stadt Grenchen die ganze Inserate-Kampagne bezüglich der Sanierung der Kantonalen Pensionskasse für rund Fr. 68'000.00 abgewickelt.*

*Diesen Mehraufwendungen stehen in der Rubrik 029.439.00 Mehrerträge (Beteiligung der Solothurner Gemeinden an der Kampagne) über rund Fr. 59'000.00 gegenüber. Der entsprechende Nachtragskredit wurde durch den Stadtpräsidenten am 17. April 2015 bewilligt.“*

### 3.1.4 Konto 491 / Rettung Grenchen

3.1.4.1 Laut Nicole Hirt verzeichnete der Rettungsdienst 1401 Einsätze, davon 790 auf Gemeindegebiet, 417 auf Kantonsgebiet und 194 ausserkantonal. Das Defizit konnte von Fr. 706'000.00 auf Fr. 655'000.00 gesenkt werden. Das hängt damit zusammen, dass die Tarife kantonal unterschiedlich hoch sind und im Kanton Solothurn sehr tiefe Tarife verrechnet werden dürfen. Der Kanton Solothurn liegt zwischen 20 und 60 Prozent unterhalb des Schweizerischen Mittelwertes. Die CVP-/glp-Fraktion hofft, dass sich die Tarife bei den anstehenden Tarifverhandlungen dem Schweizerischen Mittelwert annähern werden.

3.1.4.2 Robert Gerber informiert, dass der Vertrag von der soH AG gekündigt wurde. Es gibt Neuverhandlungen.

## 3.2 *Verwaltungsbericht 2014*

### 3.2.1 Integrationskommission (Seite 115, Ziff. 6)

3.2.1.1 Wie Anna Duca, Ersatz-Gemeinderätin, ausführt, macht man sich, seit es die Kommissionen gibt, Gedanken über die Weiterführung und zeigt sich nicht zufrieden. Das versteht sie zwar. Aber sie liest es hier im Verwaltungsbericht oder hört es sonst irgendwo. Wieso gelangt man eigentlich nicht direkt an den Gemeinderat? Ihr ist nicht bekannt, was die Integrationskommission eigentlich macht. Sie wäre die Erste, welche die Arbeit der Kommission unterstützen würde. Die SP war damals für die Schaffung der Integrationskommission und stellt den Präsidenten. Die anderen Parteien waren weniger dafür. Aber seither hat sie nichts mehr gehört. Es geht hier nicht nur um Geld, sondern auch um Wertschätzung.

3.2.1.2 François Scheidegger hat in einer anderen Funktion massgeblich geholfen, die Integrationskommission aufzubauen, Er stellt ebenfalls fest, dass die Aktivitäten ein wenig eingeschlafen sind. Er hat es aber in letzter Zeit nicht näher verfolgt. Vielleicht müsste man den Präsidenten der Integrationskommission, Vize-Stadtpräsident Urs Wirth, einmal fragen. Er bittet Stadtschreiberin Luzia Meister, welche von Amtes wegen in der Integrationskommission Einsitz hat, allenfalls die Frage zu beantworten.

3.2.1.3 Laut Luzia Meister ist Urs Wirth immer bei allen Geschäften dabei. Er hat sich selbst nie dahingehend geäußert, dass die Kommission mehr einberufen werden soll. Sie denkt, dass es wertvoll wäre, wenn man es mehr machen würde. Aber letztlich ist das auch in der Hand der Präsidenten. Man gibt der Kommission jetzt auch wieder mehr Gewicht, auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Sie hält dies persönlich auch für wichtig.

3.2.1.4 Laut François Scheidegger ist bei der Integrationskommission tatsächlich der Wille da, wieder aktiv zu werden. Es fand vor kurzem auch wieder eine Sitzung im Stadthaus statt.

### 3.3. *Bericht des RPK/AfG-Präsidenten*

- 3.3.1 Gemäss Martin Ochsner, Präsident RPK/AfG, ist sein Bericht relativ kurz ausgefallen. Die Grundlage dazu bildet der Revisionsbericht der BDO AG. Er befand es als nicht nötig, diesen nochmals abzuschreiben. Es handelt sich ohnehin mehr um formale Sachen, welche mit der Finanzverwaltung besprochen wurden und auf dem Weg der Lösung sind.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 4. Beschluss

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

- 4.1. Der Bericht der Rechnungsprüfungskommission vom 27. April 2015 und die folgenden Ergebnisse der Verwaltungsrechnung 2014 werden in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommen:

##### 4.1.1 **Laufende Rechnung (in Franken)**

|         |               |
|---------|---------------|
| Aufwand | 96'943'520.73 |
| Ertrag  | 93'418'219.20 |

**Aufwandüberschuss 3'525'301.53**

##### 4.1.2 **Investitionsrechnung (in Franken)**

|           |              |
|-----------|--------------|
| Ausgaben  | 9'502'098.36 |
| Einnahmen | 4'292'968.60 |

**Nettoinvestitionen 5'209'129.76**

##### 4.1.3 **Finanzierungsfehlbetrag 6'249'792.83**

- 4.2. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital entnommen. Dieses beträgt neu Fr. 31'496'335.01.

- 4.3. Mit dem besten Dank an Steuerzahlende und Verwaltung wird die Rechnung und der Verwaltungsbericht der Stadt Grenchen für das Jahr 2014 genehmigt. Behörde und Verwaltung wird Entlastung erteilt.

**Vollzug:** FV

#### Beilagen:

- Folien 1 - 3: Rechnungsabschluss 2014: Funktionale Gliederung LR / Netto
- Folie 4: Entwicklung Steuerertrag 1997 - 2014
- Folie 5: Entwicklung der Nettoverschuldung, Nettovermögen, Eigenkapital 1996 - 2014
- Folie 6: Rechnungsergebnisse 1992 - 2014

GV

Sämtliche Verwaltungsabteilungen

9.2.1.1 / acs

**Funktionale Gliederung LR (Netto)**

[in 1'000 Franken]

|                               | <b>Rechnung<br/>2014</b> | Budget<br>2014 | Abw. |
|-------------------------------|--------------------------|----------------|------|
| <b>Allgemeine Verwaltung</b>  | <b>6'937</b>             | 6'624          | +313 |
| <b>Öffentliche Sicherheit</b> | <b>3'423</b>             | 3'629          | -206 |
| <b>Bildung</b>                | <b>21'921</b>            | 22'185         | -264 |
| <b>Kultur, Freizeit</b>       | <b>3'517</b>             | 3'820          | -303 |
| <b>Gesundheit</b>             | <b>1'695</b>             | 1'649          | +46  |

**Funktionale Gliederung LR (Netto)**

[in 1'000 Franken]

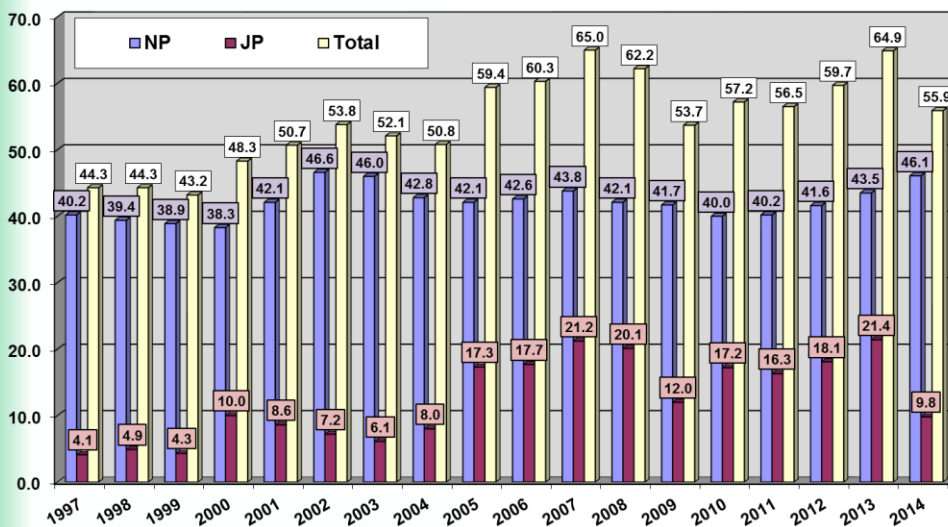
|                                | <b>Rechnung<br/>2014</b> | Budget<br>2014 | Abw.   |
|--------------------------------|--------------------------|----------------|--------|
| <b>Soziale Wohlfahrt</b>       | <b>16'194</b>            | 15'766         | +428   |
| <b>Verkehr</b>                 | <b>5'393</b>             | 5'867          | -474   |
| <b>Umwelt, Raumordnung</b>     | <b>1'005</b>             | 1'020          | -15    |
| <b>Volkswirtschaft</b>         | <b>396</b>               | 392            | +4     |
| <b>Finanzen (ohne Steuern)</b> | <b>-1'884</b>            | -676           | -1'208 |

**Funktionale Gliederung LR (Netto)**

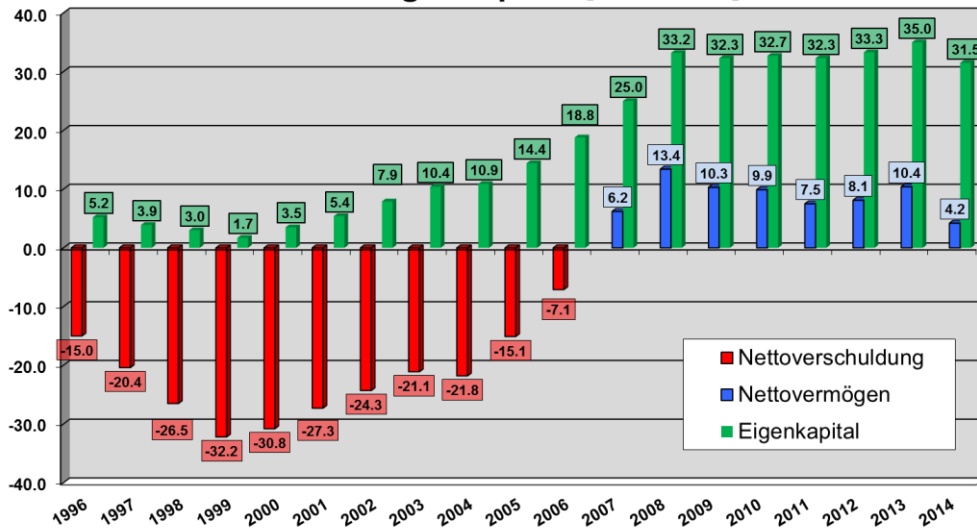
[in 1'000 Franken]

|                        | Rechnung<br>2014 | Budget<br>2014 | Abw.   |
|------------------------|------------------|----------------|--------|
| <b>Nettoaufwand</b>    | <b>58'597</b>    | 60'276         | -1'679 |
| <b>Steuern (Netto)</b> | <b>55'072</b>    | 58'430         | -3'358 |

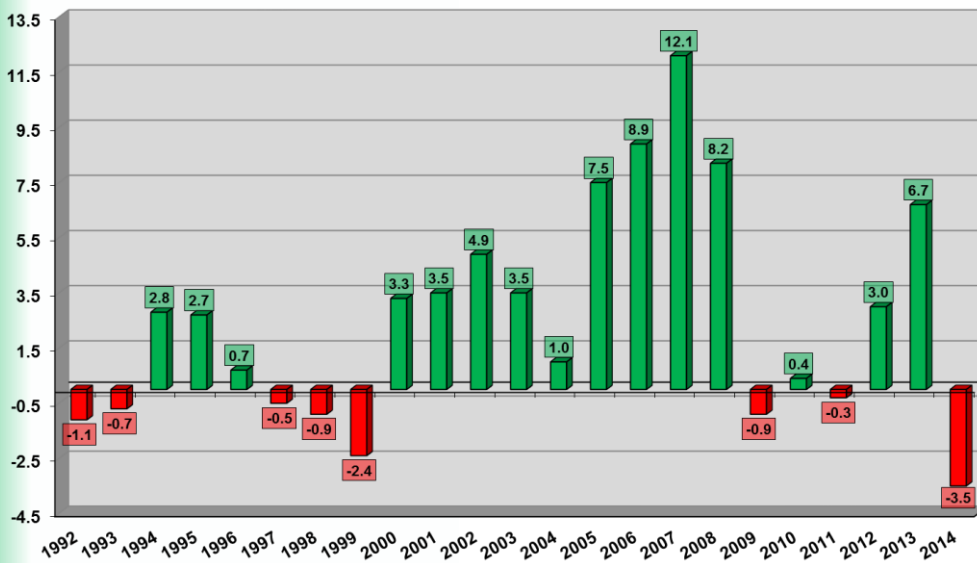
**Entwicklung STEUERERTRAG [in Mio. CHF]**



**Entwicklung Nettoverschuldung, Nettovermögen  
und Eigenkapital [in Mio. CHF]**



**Rechnungsergebnisse [in Mio. CHF]**



## **Interpellation Markus Neuhaus (SP): Zur Fusion der vier Fussballvereine der Stadt Grenchen**

Vorlage: KZL/06.05.2015

1. Mit Datum vom 28. April 2015 reichte Markus Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat (SP), folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

*Meine letzte Interpellation vom 24.02.2015 zur Marke Uhrencup und zum Stand der Fusion der vier Fussballvereine der Stadt Grenchen konnte leider bis zur heutigen Gemeinderatssitzung, durch die Stadtverwaltung nicht beantwortet werden!*

*Es waren bis jetzt nur immer wieder neue Gerüchte und Mitteilungen in der Presse zu lesen.*

*Es stellen sich mir deshalb folgende Fragen:*

1. *Stimmt es, dass die Mediatorin Frau Valesca Zaugg ihr Amt nieder gelegt hat?*
2. *Hat diese Aufgabe der Mediatorin neu eine Anwaltskanzlei aus der Stadt Grenchen übernommen?*
3. *Wenn die obere Aussage stimmt, wer hat diesen Auftrag der Fusionsbegleitung dieser Anwaltskanzlei übertragen?*
4. *Was kostet diese Begleitung der Anwaltskanzlei die Stadt Grenchen?*
5. *Warum wird und wurde der Gemeinderat nie über den Stand der Fusion der vier Fussballvereine informiert?*

2. Beantwortung

2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium/von der Finanzverwaltung beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Markus Neuhaus, Ersatz-Gemeinderat, dankt für die Beantwortung der Interpellation und erklärt sich von der Antwort befriedigt.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV  
SMKS

3.4.2 / acs



**Interpellation Marc Willemin (SVP): Verlängerung des zweiten Baugesuches, geplanter Neubau Vereinslokal Moschee Ebu Hanife, an der Maienstrasse in Grenchen**

Vorlage: KZL/06.05.2015

1. Mit Datum vom 28. April 2015 reichte Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat (SVP), folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Ausgangslage:

*Vor rund 3 Jahren wurde das 1. Baugesuch für den Bau einer Moschee in Grenchen gestellt. Dieses wurde trotz mehreren Einsprachen zum Schluss bewilligt. Eine Auflage unter anderem war, dass eine Schweizer Bank einen Finanzierungsnachweis ausstellt. Diese Auflage konnten die Bauherren beim 1. Baugesuch und dessen Verlängerung (Gültigkeit des Baugesuchs 1 Jahr, Gültigkeit der Verlängerung ebenso 1 Jahr) nicht aufbringen.*

*Im 3. Jahr wurde wiederum ein neues Baugesuch gestellt mit der Gültigkeit von einem Jahr. Trotz der Lockerung der Auflage seitens Baudirektion konnte die Finanzierung des Projektes innerhalb dieses Jahres nicht realisiert werden. Im Moment läuft nun die Verlängerung des zweiten Baugesuchs.*

*Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen:*

- 1. Wieso konnte während dieser langen Zeit die Finanzierung nicht sichergestellt werden?*
- 2. Sind in dieser Abschwächung der Baudirektion (Fertigstellungsgarantie einer Bank, Versicherung oder ein anderer gleichwertiger Ausweis) nicht Risiken von Spenden-Gelder aus dem Ausland oder Ähnliches in Kauf zu nehmen, da eine Schweizer Bank in der heutigen Zeit rigide Auflagen in Bezug auf Finanzierungs-garantien hat?*
- 3. Wer und wie können solche Richtungen überprüft werden?*
- 4. Wer trägt schlussendlich die Verantwortung?*
- 5. Auf welcher gesetzlichen Grundlage wurde die Lockerung der Finanzierungsauf-lagen abgeschwächt und wie oft kommt solches in Grenchen vor?*

2. Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium/von der Baudirektion beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, bedankt sich für die prompte Beantwortung der Fragen und erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD  
RD

7.9.1 / acs

## Interpellation Remo Bill (SP): Kantonale Ämter in der Stadt Grenchen

Vorlage: KZL/08.05.2015

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

*„Eine dezentrale kantonale Verwaltung“: Bestehende kantonale Angebote sind in Grenchen zu erhalten, neu sind einzelne kantonale Ämter in Grenchen anzusiedeln.*

*Jetzt erst recht! Nach dem Abzug der Veranlagungsbehörde und dem Zivilstandsamt nach Solothurn geht es darum, dass sich die Verwaltung und die Politik sich gemeinsam gegen den weiteren Abbau von kantonalen Ämtern in der Stadt Grenchen einsetzen. Zum Beispiel ist nach „offiziöser“ Quelle der Abzug der Amtschreiberei im 2015 geplant.*

*Die Zeit ist gekommen, wo wir in die Offensive gehen müssen!*

*Die Planung des Verwaltungsgebäudes beim Stadthaus Grenchen ist eine Chance und verlangt von uns allen aktives „Netzwerken“, damit der Regierung und der kantonalen Politik klar wird, dass die Stadt Grenchen bereit ist, weitere kantonale Ämter in der Stadt Grenchen an zentraler Lage anzusiedeln. Das ist für die Stadt und die Region Grenchen im Osten des Kantons Solothurn sehr wichtig.*

*Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:*

- 1. Was gedenkt die Verwaltung - ausser einem Briefwechsel mit der Regierung - zu unternehmen, damit kein weiterer Abbau mehr stattfindet?*
- 2. Was für eine Strategie hat die Verwaltung, damit im geplanten Verwaltungsgebäude weitere kantonale Ämter nach Grenchen geholt werden können?*
- 3. Wäre eine überparteiliche „Volksinitiative“, bzw. eine Unterschriftensammlung in der Stadt Grenchen und in den angrenzenden Gemeinden eine Möglichkeit, den Willen der Bevölkerung gegen einen weiteren Abbau resp. für eine Ansiedlung in der Stadt der Regierung zu dokumentieren?*
- 4. Wäre eine „Kampfmassnahme“ - eine organisierte Versammlung - vor dem Rathaus in Solothurn mit allen politischen Gruppierungen der Stadt Grenchen eine (letzte) Möglichkeit?*

## 2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

## 3. Begründung

- 3.1. Gemeinderat Remo Bill wollte sich nach dem Abzug der Veranlagungsbehörde und des Zivilstandsamtes nach Solothurn über den neusten Stand informieren. Es geht ihm darum, dass sich die Verwaltung und die Politik gemeinsam gegen den weiteren Abbau von kantonalen Ämtern in der Stadt Grenchen einsetzen, sich aber auch bemühen, dass der Standort Grenchen vom Kanton gestärkt wird. Zum Beispiel ein gemeinsames Arbeitsamt mit einem regionalen Vermittlungszentrum RAF wäre für die Industrieregion Grenchen-Lengnau von grosser Bedeutung. Auch eine überkantonale Zusammenarbeit zwischen den „Randregionen“ der Stadt Grenchen, Kanton Solothurn und Lengnau, Kanton Bern ist für die Zukunft wichtig. Er ist mit der Beantwortung seiner Interpellation einverstanden.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

BD  
FV

0.1.5.2 / acs

## Überparteiliches Postulat (CVP, glp, SVP, FDP): Sicherung des Rettungsdienstes in der Stadt Grenchen

1. Mit Datum vom 19. Mai 2015 wird folgendes überparteiliches Postulat der CVP-, glp-SVP- und FDP-Fraktionen eingereicht (Erstunterzeichner: Marco Crivelli):

- 1.1. Postulatstext:

*Der Stadtpräsident und die betroffenen städtischen Abteilungen werden aufgefordert, mit der soH Solothurner Spitäler AG (soH) die Möglichkeiten und Bedingungen einer Integration des Grenchner Rettungsdienstes in den Rettungsdienst der soH mit der Beibehaltung des Standorts Grenchen zu prüfen.*

Begründung:

*Seit der Schliessung des Spitals Grenchen und den Einschränkungen des ärztlichen Notfalldienstes hat der Rettungsdienst der Stadt Grenchen zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Der Ambulanz- und Rettungsdienst der Stadt Grenchen funktioniert sehr gut und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der medizinischen Notfallversorgung der Grenchnerinnen und Grenchner.*

*Die Aufrechterhaltung dieser Dienstleistung für die Bevölkerung ist mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Das von der Stadt Grenchen zu tragende Betriebsdefizit fiel in den letzten Jahren immer höher aus und betrug im Jahre 2013 rund 700'000 Franken.*

*Der Rettungsdienst erbringt seine Leistungen auch für die umliegenden Gemeinden Bettlach, Selzach, Altreu, Bibern, Biezwil, Gossliwil, Lommiswil, Lüterswil-Gächliwil, Schnottwil und kantonsübergreifend für Lengnau, Romont, Arch, Leuzigen und Rüti b. Büren.*

*Die Sicherstellung der Notfallversorgung ist eine Aufgabe des Kantons. Die Stadt Grenchen hat nicht auf eigene Kosten die Notfallversorgung für Nachbargemeinden und schon gar nicht für diejenigen anderer Kantone sicherzustellen.*

*Die angespannte finanzielle Situation der Stadt Grenchen zwingt den Gemeinderat zum Handeln. Der Aufwand für Rettungsdienst muss reduziert, aber der Standort Grenchen beibehalten werden. Es bietet sich daher die Integration des Rettungsdienstes der Stadt Grenchen in die soH an.*

*Eine Integration soll aber nicht um jeden Preis, sondern unter der Bedingung erfolgen, dass,*

- *der bestehende Rettungsdienst, d.h. alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu den bestehenden arbeitsrechtlichen Bedingungen übernommen wird,*

- *die ganze Ausrüstung unverändert übernommen wird und dem Einsatzort Grenchen weiterhin zur Verfügung steht,*
- *der Einsatzstandort in Grenchen für mindestens 10 Jahre unverändert weitergeführt wird,*
- *die vom Kanton definierten Qualitätskriterien auch für den Rettungsstandort in Grenchen gelten.*
- *die soH und die Stadt Grenchen die einzelnen Bedingungen für den Betrieb des Rettungsdienstes der Stadt Grenchen in einer Leistungsvereinbarung regeln.*

*Die soH haben auf erste informelle Anfragen hin bereits positive Signale für eine Integration mit der Beibehaltung des Standorts Grenchen ausgesendet. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen könnte die Rechnung der Stadt Grenchen ca. um jährlich CHF 700'000.00 entlastet werden, ohne dass eine Einbusse der Leistungen beim Rettungsdienst in Kauf genommen werden müsste.*

*Aus diesen Gründen bitten wir den Stadtpräsidenten und die betroffenen städtischen Abteilungen, mit der soH das Gespräch zu suchen und die Möglichkeiten und Bedingungen einer allfälligen Integration des Grenchner Rettungsdienstes in den soH-Rettungsdienst zu prüfen.*

2. Über die Erheblichkeit des überparteilichen Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

S+B  
ARD  
FV  
PA

4.1.7.0 / acs

## Postulat Fraktion CVP/glp: Verträge mit Fussballvereinen / Neuverhandlung

1. Mit Datum vom 19. Mai 2015 reicht die CVP-/glp-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichnerin: Nicole Hirt):

1.1. Postulatstext:

*Wir bitten die Verwaltung, aufgrund der neuen Vereinsstrukturen Neuverhandlungen der Verträge mit den Fussballvereinen zu führen.*

*Die neuen Verträge sollen im Budget 2016 aufgenommen werden. Diese sollen sowohl die indirekte Unterstützung (Erhalt der Infrastruktur, Zuteilung der Infrastruktur) sowie die direkte Unterstützung beinhalten.*

### Begründung:

*Die Situation um den Grenchner Fussball ist in der Zwischenzeit wohl allen bekannt, konnte man doch sehr viel - leider hauptsächlich negative Schlagzeilen in den Medien finden. Die Stadt Grenchen in den Personen von Stadtpräsident Frangois Scheidegger und Finanzverwalter David Baumgartner hat grosse Anstrengungen unternommen, um eine Lösung in Form einer Fusion der 4 Fussballvereine herbeizuführen. Dafür wurde bekanntlich auch eine Mediatorin eingesetzt, welche notabene von der Stadt bezahlt wurde. Unseres Wissens bestehen über die Benützung der Fussballinfrastruktur Verträge mit den Vereinen oder einer Interessengemeinschaft (IG Riedern). Nun werden aber trotz der oben erwähnten Anstrengungen der Verwaltung im besten Falle noch 3 Vereine (FC Grenchen (evtl. fusioniert mit FC Wacker); FC Fulgor Grenchen; GS Italgrenchen) die städtische Infrastruktur benutzen.*

*Die Stadt Grenchen hat alljährlich einen namhaften Betrag direkt oder indirekt dem Fussball zukommen lassen, daher ist unsere Fraktion der Meinung, dass die bestehenden Verträge nun neu verhandelt werden müssen. In diesen Verträgen sollte klar geregelt werden, wer unter welchen Bedingungen welchen Teil der Infrastruktur benutzen darf und zu welchen Konditionen.*

*Die Verhandlungen resp. Vertragsgrundlagen sind mit einer klaren Priorisierung zu tätigen:*

- 1. Aktiv- und Juniorenmannschaften des „neuen“ FC Grenchen*
- 2. Juniorinnen und Junioren der gesamten Gruppierung; falls diese zustande kommen sollte*
- 3. Aktivmannschaften FC Fulgor Grenchen, GS Italgrenchen*

*Ebenfalls sind die finanziellen Unterstützungsbeiträge der Stadt Grenchen neu zu definieren.*

*Wir bitten daher die Verwaltung zu prüfen, ob eine Neuverhandlung der Verträge möglich ist, wenn ja, diese unter Einbezug der GRK oder des GR neu aufzusetzen. Die neuen Verträge sollen im Budget 2016 aufgenommen werden. Diese sollen sowohl die indirekte Unterstützung (Erhalt der Infrastruktur, Zuteilung der Infrastruktur) sowie die direkte Unterstützung beinhalten. Die fusionswilligen Fussballvereine sollen dabei prioritär behandelt werden, wie anlässlich der Fusionsgespräche mit allen Fussballvereinen angekündigt. Die nicht fusionswilligen Fussballvereine sollen die gleichen Konditionen wie „Dritte“ erhalten und auch bei der Platzzuteilung weniger Priorität erhalten.*

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Rats-sitzung abgestimmt.

FV  
BD  
SMKS

3.4.2 / acs



## **Kleine Anfrage Matthias Meier-Moreno (CVP): Fehlende Busverbindung fürs Nachtskifahren auf dem Grenchenberg**

1. Mit Datum vom 19. Mai 2015 reicht Matthias Meier-Moreno, Ersatz-Gemeinderat (CVP), folgende kleine Anfrage ein:

1.1. Text der kleinen Anfrage:

*In der abgelaufenen Wintersaison 2014/15 hat die Skilift AG neu ein Nachtskifahrangebot ins Programm aufgenommen. Dieses fand zwischen dem 2. Januar und dem 27. Februar 2015, je nach Schneeverhältnissen jeweils am Mittwoch- und Freitagabend (18.30 - 21.00 Uhr) statt. Das neu geschaffene Angebot fand bei Wintersportlern und Familien regen Zuspruch und wurde dementsprechend gut genutzt. Dank dem grossen Engagement der Skilift AG ist unser Wintersportangebot auf dem Grenchenberg um eine Attraktion reicher, was besonders auch Grenchen Tourismus freuen wird – eine Erfolgsgeschichte. Leider stimmt dies nicht ganz, denn ein kleiner Makel hat das tolle Nachtskifahrangebot, da kein Bus auf den Berg fährt, können nicht alle von diesem Angebot Gebrauch machen. Wer trotzdem Nachtskifahren möchte, ist gezwungen, mit dem PW die verschneite Bergstrasse hinauf und wieder runter zu fahren. Dies ist bei Dunkelheit nicht ganz ungefährlich und bei einer grossen Anzahl Autos nicht unbedingt ökologisch sinnvoll!*

*Ich bitte daher den Stadtpräsidenten um Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Wie steht die Stadt Grenchen dazu, dass in der abgelaufenen Wintersaison ein Nachtskifahrangebot bestand, jedoch aber keine Busverbindung auf den Grenchenberg angeboten wurde?*
- 2. Gibt es plausible Gründe, warum keine Busverbindung angeboten wurde?*
- 3. Hat die Stadt Grenchen auf die kommende Wintersaison 2015/16 eine Verbesserung oder Veränderung bezüglich Busverbindung während des Nachtskifahrens geplant?*
  - 3.1 Wenn ja, welche? / Wenn nein, warum nicht?*
- 4. Hat die Stadt Grenchen mit der BGU, der Skilift AG, Grenchen Tourismus oder anderen Organisationen betreffend die Wintersaison 2015/16 zwecks Finanzierung der Busverbindung fürs Nachtskifahren bereits Gespräche geführt?*
  - 4.1 Wenn ja, mit welchem Ergebnis? / Wenn nein, sind Gespräche zu diesem Thema überhaupt geplant?*

2. Die schriftliche Beantwortung der kleinen Anfrage erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

AGöV  
SMKS  
FV  
BD

6.6 / acs

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

### **1. Änderungen der Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993**

- 1.1. Die Gemeindeversammlung der Stadt Grenchen hat am 21. Dezember 2010 beschlossen, §§ 64-65a der Gemeindeordnung der Stadt Grenchen vom 16. Februar 1993 zu ändern (Beschluss Nr. 1032).

Die Änderungen wurden vom Volkswirtschaftsdepartement mit Verfügung vom 4. Mai 2015 genehmigt.

### **2. Demission von Martin Ochsner, Präsident RPK/AfG**

- 2.1. Martin Ochsner, Präsident RPK/AfG, kündigt am Ende des Traktandums 8 „Rechnung und Verwaltungsbericht 2014 der Stadt Grenchen“ seinen Rücktritt als Präsident der Rechnungsprüfungskommission/des Ausschusses für Geschäftsprüfung per 30. Juni 2015 an.

### **3. Gemeinderatsausflug von Samstag, 23. Mai 2015**

- 3.1. Stadtschreiberin Luzia Meister händigt den GR-Mitgliedern das Detailprogramm des GR-Ausfluges aus.